



Bundesverband selbständiger
Buchhalter und Bilanzbuchhalter

Bitte zurück an:
Mail: bbh@bbh.de
Fax: 030 / 20 91 29 40

Wahlprüfstein

Ihre Position zur Deregulierung des Steuerberatungsgesetzes

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

1. Die berufspolitische Problematik der selbständigen Buchhalter und Bilanzbuchhalter ist mir bekannt ja nein
2. Die Befugnisse selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter, die im § 6 Nr. 4 Steuerberatungsgesetz geregelt sind, sollten der Praxis angepasst werden. Erlaubt werden sollte:
 - a) Die Erstellung der Umsatzsteuervoranmeldung ja nein
 - b) Die Einrichtung der Buchhaltung ja nein
3. Nach § 8 Abs. 4 Steuerberatungsgesetz dürfen sich selbständige Buchhalter und Bilanzbuchhalter auch als solche bezeichnen. Sind Sie dafür, dass sie mit dem Begriff „Buchhaltung“ auch werben dürfen, ohne die ihnen erlaubten Tätigkeiten im Einzelnen aufzählen zu müssen? ja nein
4. Unsere Partei setzt sich bereits für eine berufspolitische Verbesserung der selbständigen Buchhalter und Bilanzbuchhalter ein ja, und zwar für folgende Änderungen:

s. Begleittext

nein, wir sind für keine Änderungen aus folgenden Gründen:

5. Wird die europäische Kommission zur Deregulierung des Steuerberatungsgesetzes von Ihrer Partei unterstützt? ja nein *s. Begleittext*
6. Wir wollen mehr zu dieser Thematik erfahren. Bitte schicken Sie uns weiteres Infomaterial zu! ja nein

13.02.26

Datum

JK

Unterschrift

Gesendet: Freitag, 13. Februar 2026 11:43

An: bbh@bbh.de

Betreff: Wahlprüfstein BBH

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihre Anfrage im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 08.03.2026.

Unter Bezugnahme auf das im Anhang beigefügte Wahlprüfstein-Formular Ihres Verbandes können wir Ihnen mitteilen, dass wir Ihre Anliegen in Bezug auf die §§ 6, 8 des Steuerberatungsgesetzes unterstützen.

Hinsichtlich der aktuell auf EU- und Bundes-Ebene diskutierten Änderungen des Steuerberatungsgesetzes vertreten wir den folgenden Standpunkt: Der im Vertragsverletzungsverfahren-Nr. 2018/2171 von der Europäischen Kommission pauschal vertretene Standpunkt, dass die derzeitigen Gesetzesregelungen zur Erbringung von Hilfeleistungen in Steuersachen unsystematisch und inkohärent seien, wird von der AfD nicht geteilt. Eine pauschale Deregulierung halten wir daher nicht für erforderlich.

Demgegenüber würden wir es aber begrüßen, wenn die derzeit abgestuften und sehr unübersichtlichen Befugnisse zur Ausübung der Hilfe in Steuersachen in den §§ 2 bis 12 des Steuerberatungsgesetzes auf Veranlassung des Bundesgesetzgebers im Rahmen einer Gesetzesnovelle transparenter gestaltet werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

www.AfD-Fraktion-BW.de

- Postanschrift -

AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
c/o Fraktionsgeschäftsführer
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

- Besucheradresse -

Raum U32/509
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart